



# Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 3/ 2022

## AfD BEI GEWALT GEGEN MANDATSTRÄGER UND PARTEIANGEHÖRIGE HÄUFIG OPFER

Gewalt am Wahlstand, beschädigte Autos und Hausfassaden oder Mordrohungen per Post und E-Mail sind für viele AfD-Mitglieder, und Sympathisanten - besonders in den alten Bundesländern - Alltag. Ist dieses Demokratiedefizit Gegenstand einer Diskussion, kann die Luft angehalten werden, bis der Vorwurf der "Opferrolle" im Raum steht.

Dabei belegen Statistiken regelmäßig, dass dieses Anprangern von verstärkter Gewalt gegen unsere Partei keinesfalls subjektiv, sondern

bittere Realität ist.

So berichtete die Bundesregierung über einen Anstieg der Übergriffe auf Parteivertreter. Ganz vorne unter den Betroffenen dabei: Die AfD.



2021 sollen insgesamt 2.500 solcher Straftaten verübt worden sein. Fast Tausend mehr als im Vorjahr. Die Spitze bilden die AfD (660 Fälle) und die CDU/CSU (737). Gefolgt von den Grünen (454), SPD (445), den Linken (114) und der FDP (78).

Erst im Sommer wurde eine Gruppe Wahlkämpfer um unseren Ratsherrn Maximilian Kneller von vermummten und bewaffneten Linksextremisten angegriffen und zur Flucht gezwungen. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt.

## ZAHLE DES MONATS

560<sub>Tsd.</sub>

Das ist der Betrag, den Bielefeld für die zeitweise Sperrung der Altstadt ausgegeben hat. Das ergab eine Anfrage der AfD-Ratsgruppe an die Stadtverwaltung.

Das Verwaltungsgericht Minden erklärte die Sperrung der Klasingstraße im September letzten Jahres für nichtig. Deshalb wurde der sogenannte Versuch "Altstadt-Raum", für beendet erklärt. Sehr zum Leidwesen von Rot-Rot-Grün, die an dem Projekt am liebsten festgehalten und die Kosten so weiter nach oben getrieben hätten.

## IST DIESE STADT NOCH NEUTRAL?

Eigentlich herrscht für die öffentliche Verwaltung striktes Neutralitätsgebot. Überschreitungen dieser Unparteilichkeit waren bereits wiederholt Streitthema im Rat. Jetzt aber macht die Stadt Bielefeld durch einen neuen Vorfall von sich Reden. Stein des Anstoßes ist ein Schreiben des Bauamtes an die Mitglieder des Beirats für Stadtgestaltung, das vor wenigen Tagen verschickt wurde. Darin wird eine Veranstaltung unter dem vielsagenden Titel „Grüner Salon“ beworben. Ausrichter des Events ist die parteinahe Stiftung der Grünen, die sogenannte Heinrich-Böll-Stiftung. Zu der beworbenen Darbietung ist unter anderem eine Vertreterin des „Urban Feminism Project Bielefeld“ eingeladen.

Deshalb haben wir eine Anfrage an



die Stadtverwaltung gerichtet, die bis zum 10. März 2022 beantwortet werden muss. Wir möchten wissen, ob die Bielefelder Behörden auch auf Veranstaltungen anderer parteinaher Stiftungen, wie beispielsweise der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, hinweisen und diese bewerben würden - einen direkten Bezug zu Bielefeld vorausgesetzt. Und falls nicht, inwieweit sich die Bevorzugung einzelner Parteien sich aus Sicht der Stadt mit dem Neutralitätsgebot verträgt.

## TEURER JAHN- PLATZ-UMBAU

Die Kosten des Jahnplatz-Umbaus steigen erneut! Nachdem im Mai des letzten Jahres bereits eine Verteuerung von 60% bekannt geworden war, erhöhte sich der Preis der Umbaumaßnahmen nun erneut um 1,5 Millionen Euro auf insgesamt 23,8 Millionen Euro. Dies wurde der Bezirksvertretung Mitte in ihrer Sitzung am 24. Februar 2022 mitgeteilt. Die Mehrkosten seien vor allem durch Preissteigerungen zustande gekommen, hieß es hier.

Deshalb haben wir eine Anfrage an die Verwaltung der Stadt Bielefeld gestellt. Wir wollen wissen, wie sich die Mehrkosten aufschlüsseln und ob vielleicht sogar weitere Kostensteigerungen erwartet werden.

## ABC- & LUFTSCHUTZ IN BIELEFELD

Am 13. Juni 1941 gingen 2.000 Brandbomben und fast 240 Sprengbomben auf Bielefeld nieder. Mehr als vier Dutzend weitere trafen Bethel, Babenhausen, Dornberg und Vilsendorf. Insgesamt forderte der Luftkrieg in Bielefeld 1.349 Menschenleben.

Im Februar 2022 startete Russland einen Angriff auf die Ukraine. Eine direkte kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO ist zwar derzeit kein wahrscheinliches, aber dennoch ein grundsätzlich mögliches Szenario.

Angesichts dessen haben wir als AfD-Ratsgruppe eine Anfrage an die Stadt Bielefeld eingereicht. Bis zum Ende des „ersten“ Kalten Krieges war hierbei eine dauerhafte Aufrechterhaltung und kontinuier-

liche Erprobung des örtlichen Luftschutz- und ABC-Schutzsystems üblich und geboten. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse in Europa sollte darauf wieder verstärkt geachtet werden.

Wir haben die Stadtverwaltung daher gefragt, welche Schutzmaßnahmen die Stadt Bielefeld im Ernstfall einer solchen, kriegerischen und womöglich nuklearen Auseinandersetzung gewährleisten kann.



## ANGSTRAUM ÖPNV: WANN KOMMT ENDLICH MEHR SICHERHEITSPERSONAL IN BUS UND BAHN?

Die Belästigungen und Übergriffe sind gerade in den Abendstunden ÖPNV-Alltag. Beinahe 20% aller Nutzer von Bus und Bahn gaben einer Umfrage zufolge an, sich in öffentlichen Beförderungsmitteln nicht mehr sicher zu fühlen. Dabei fangen die Strapazen oft schon am Bahnhof an, auch wenn dieser gut ausgeleuchtet und kameraüberwacht ist.

Diese Erfahrung musste auch eine junge Frau machen, die in der NW vom vergangenen Donnerstag schildert, was während einer Bahnfahrt durch OWL alles passieren kann. Schlägereien und sexuelle Belästigung sind einige der eindrucklichen Erlebnisse, denen sich Zugfahrer täglich ausgesetzt sehen. Aber nicht nur ÖPNV-Nutzer werden Opfer von Tätlichkeiten, auch Übergriffe auf das Bahn-

haben um fast 25% zugenommen. Die Bundesregierung gab an, dass im Jahr 2021 2070 Attacken auf Zugbegleiter verübt wurden, 421 mehr als im Vorjahr.

Dr. Florian Sander, Vorsitzender der AfD-Ratsgruppe und Landtagskandidat fordert Gegenmaßnahmen: „Wer auf den Bus- und besonders Bahnverkehr angewiesen ist, sieht sich aufgrund von regelmäßigen Verspätungen und Ausfällen ohnehin schon einem täglichen Nervenkrieg ausgesetzt. Wenn Fahrgäste dann noch um ihre Sicherheit fürchten müssen, ist jedes Maß überschritten. Ab Einbruch der Dunkelheit muss die Präsenz von Sicherheitspersonal und Polizei in Bussen, Stadtbahnen und Zügen deutlich verstärkt werden, um Passagiere und Zugbegleiter konsequent vor

Übergriffen zu schützen und das subjektive Sicherheitsempfinden zu erhöhen.“

## IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld  
Niederwall 25  
33602 Bielefeld

Vorsitzender:  
Dr. Florian Sander

Kontakt:  
presse.ratsgruppe@afd-  
bielefeld.de

Titelgrafik:  
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,  
creativecommons.org/licenses/by/  
2.0/de

## SANDERS STELLUNGNAHME

Der Haus- und Hof-Virologe der Bundesregierung, Christian Drosten, hat einem WDR-Bericht zufolge Anfang dieses Monats bezüglich der Corona-Entwicklung Mut gemacht und erfreulicherweise prognostiziert, Corona werde mit der Zeit immer mehr zu einem normalen Erkältungsvirus werden. Wohlge-merkt: Herr Drosten! Jemand, der wahrlich nicht im Verdacht steht, Querdenkern oder wem auch immer das Wort reden zu wollen. Omikron selbst zeigt ja schon durch seine deutlich milderen Verläufe und die nach wie vor, im Vergleich gesehen geringere Beanspruchung der Intensivstationen, wie absolut fehlgeleitet und durchweg verantwortungslos die politisch-mediale Panikmache aller Altparteien noch vor wenigen Monaten wirklich war. Diese haben abermals zur hypochondrischen Neurotisierung der Leute beigetragen. und jetzt haben diese Akteure nicht einmal den Mumm, das zuzugeben. Und das, obwohl es der Sozialdezernent, wie bei der letzten SGA-Sitzung deutlich wurde, angesichts der einrichtungsbezogenen Impfpflicht schon - und zwar zurecht! - mit der Angst zu tun bekommt, weil zu erwarten ist, dass viele im Gesundheitswesen sich diese medizinisch nicht begründbare Schikane nicht bieten lassen werden.

Doch jetzt kommt der Knaller: In einer Pressekonferenz erklärte Herr Lauterbach, es sei ja „sehr unwahrscheinlich, dass neue Varianten immer harmloser werden als die Varianten, die es gab“. Dafür gebe es „überhaupt keinen virologisch-epidemiologischen Grund“. Die Theo-

rie, die immer vorgetragen werde, dass das Virus dann irgendwann so harmlos sei, dass es „in ein Erkältungsvirus übergeht, das ist leider zu schön, um wahr zu sein, und hat wenig Fundament. Ist leider so.“ - so Bundesgesundheitsminister Lauterbach.

Fällt Ihnen etwas auf? Zwischen der Aussage des Regierungsvirologen Drosten und der des Regierungsvertreter Lauterbach besteht ein direkter, eklatanter, zum Himmel schreiender Widerspruch, der nur dadurch zu erklären ist, dass entweder einer der beiden sich komplett irrt oder aber bewusst lügt. Da ich bei aller Kritik an Herrn Drosten nicht sehe, wieso er das tun sollte, und da in der Regel ein Regierungspolitiker deutlich mehr Interesse daran hat, politische Narrative durchzusetzen als ein hauptberuflicher Arzt und Wissenschaftler, kann man hier also nur logisch schlussfolgern, dass offenkundig Herr Lauterbach bis hinunter zu den Parteien, die ihn politisch tragen, und den ihnen eigenen Medien, alles tun, um im Volk die Angst und damit die Grundlage für die Maßnahmen aufrecht zu erhalten.

Man bekommt in der Tat, und das gänzlich ohne jede Verschwörungslektüre, ohne „Bill Gates chippt uns alle!“-Theorien und dergleichen, den klaren Eindruck, dass diese politischen Parteien, dass diese Regierung, dass dieses Corona-Regime ein echtes Interesse daran hat, diese Maßnahmen aufrecht zu erhalten. Vielleicht nicht jeder einzelne Ratsherr, vielleicht auch



Ratsgruppen-Vorsitzender:  
Dr. Florian Sander

nicht jeder einfache Abgeordnete, wohl aber die höheren Reihen. Warum, darüber kann man lange spekulieren: Weil sich dadurch bequem Opposition unterdrücken lässt, immer unter Verweis aufs Infektionsschutzgesetz? Weil dadurch vermeintlich „klimaschädliche“ Strukturen und Dynamiken dauerhaft lahmgelegt werden können? Weil Big Tech und Pharma sich so dumm und dämlich verdienen, und es ihr handfeste Interessensverstrickungen gibt?

Wer weiß, vielleicht spielt alles ein bisschen mit rein. Über eines müssen die Altparteier sich angesichts dieser eklatanten Unlogik und all dieser Widersprüche in echter und vermeintlicher Information durch Regierungsvertreter und -berater nicht mehr wundern: Darüber, dass immer mehr Menschen dagegen auf die Straße gehen, dass Menschen wütend sind, dass Menschen ihre Freiheit zurück wollen. Freiheit, die nicht auf „Privilegien“ fußt, die ihnen irgendwelche fliegenträgenden, panikmachenden Professoren gnädiger Weise zugestehen oder eben nicht zugestehen, sondern Freiheit, die auf **Grundrechten** basiert. Diese werden wir weiterhin für uns alle einfordern.

## KOSTENLOSES ONLINE-ABO DER BLAUEN FAHNE?

Möchten Sie die Blaue Fahne **kostenlos** und digital abonnieren?  
Senden Sie eine E-Mail, mit dem Betreff "Blaue Fahne" an:  
[presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de](mailto:presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de)

